

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 26

Artikel: Ein politisches Patt nach den Wahlen? : Bitterer Machtkampf in Serbien
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093231>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bitterer Machtkampf in Serbien

Ein politisches Patt nach den Wahlen?

Alles ist möglich — nichts ist sicher. Das ist zusammengefasst die Lage in Serbien vor den vorgezogenen Wahlen der Präsidenten und der Parlamente «Rest-Jugoslawiens» sowie Serbiens und Montenegros vom 20. Dezember. Eine Regierung, für die der Zweck alle Mittel heiligt, und eine Opposition, die Gleiches mit Gleichem vergilt, haben eine Voraussage über den Ausgang der Wahlen schwierig gemacht — falls sie überhaupt stattfinden.

Ob sich die Opposition an den Wahlen beteiligen oder diese boykottieren wird, oder ob noch vor dem Wahltag in der aufgeheizten Stimmung Unruhen oder noch Schlimmeres ausbrechen werden, solche Fragen vermögen selbst Politiker nicht zu beantworten. Der folgende Text ist deshalb nur ein Versuch, die derzeitige Lage vor den Wahlen zu beschreiben.

Drohungen der Sozialisten

An einer Pressekonferenz der Demokratischen (Oppositions-)Partei wurde deren Führer Dragoljub Micunović gefragt, ob die SPS-Sozialisten (Sozialistische Partei Serbiens), sollten sie die Wahlen verlieren, die Macht friedlich übergeben werden. Micunović ist davon überzeugt.

Allein die Tatsache, dass eine solche Frage überhaupt gestellt wurde, ist eigentlich schon aussagekräftig genug; denn seit Beginn des Wahlkampfes haben die in Serbien herrschenden Funktionäre ihre Entschlossenheit klar gemacht, an der Macht zu bleiben. Vergessen ist auch nicht der Satz einer ihrer führenden Persönlichkeiten, Borislav Jović, wonach «diese Macht durch Kampf erreicht wurde und nur auf demselben Wege wieder verloren werden kann».

Änderung des Wahlsystems?

Klar ist die Tatsache, dass im neuen Jugoslawien Serbien das Zentrum bildet. Und die Überlegenheit der Sozialisten in der Bundesversammlung hat bislang deutlich gezeigt, wer in Serbien die Macht innehat. Gemäss publizierten Schätzungen

können allerdings die Sozialisten in Serbien nicht mehr mit einer Wiederholung früherer Wahlerfolge rechnen, wobei diese selbst schon höchst problematisch sind, weil die bisherigen Abstimmungen wegen des Boykotts der Opposition jeweils konkurrenzlos verliefen. Das führte dazu, dass den Sozialisten dank des Mehrheitssystems de facto nur 20 bis 30 Prozent der Stimmen der Bevölkerung genügt, um weiterhin herrschen zu können.

Die bevorstehenden Wahlen indessen könnten andere Ergebnisse zeitigen, wenn zwei Voraussetzungen auch tatsächlich eintreten: Die Beteiligung der Opposition, wenn auch nicht in einem Zusammenschluss, sowie der Verzicht auf das Mehrheitsystem und die Annahme der proportionalen Vertretung in den Behörden durch die Sozialisten. Dies wäre allerdings mit erheblichen Änderungen verbunden, die aber andererseits auch den Sozialisten gewichtige Vorteile verschaffen würden.

Unzufriedene Bevölkerung

Solche Pläne sind auch Ausdruck der herrschenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Politik von Slobodan Milošević und der weitverbreiteten Angst davor, dass diese Politik zu einem Bürgerkrieg im Kosovo und schliesslich einer ausländischen Militärintervention führen könnte. Auf diese Karte setzen auch die Oppositionsführer, die erklären, Milošević und dessen Regime brauche den Krieg, um sich überhaupt noch an der Macht halten zu können. Das wird teilweise auch in der Bevölkerung so gesehen, wurden doch beispielsweise an den Grossdemonstrationen im März letzten Jahres in Belgrad Parolen skandiert wie «Slobodan-Saddam!».

Zwar geht die Opposition davon aus, dass die Sozialisten auch diesmal wieder als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen werden, aber sie werden schätzungsweise gleich viel Stimmen erhalten wie in den Wahlen im Mai, nämlich 25 Prozent, und damit nicht die Mehrheit erlangen. Das aber würde, sollte sich das Proporzsystem durchsetzen,

den Verlust der absoluten Macht bedeuten.

Koalition zwischen Sozialisten und Radikalen

Der Führer der oppositionellen Bauern-Volkspartei, Dragan Veselinov, meint, dass die Sozialisten eine Koalition mit der Serbischen Radikalpartei des Vojislav Seseljs eingehen werden, womit sie eventuell die Mehrheit im Parlament erreichen könnten. Die Radikalen gehören zwar formell ebenfalls zur Opposition, haben aber im extremistischen Nationalismus mit den Sozialisten eine Gemeinsamkeit, die die beiden Parteien einander näherbringen könnte.

Dazu konstatiert Veselinov nicht ohne Ironie, dass damit ein Zusammenschluss zwischen Sozialisten kommunistischer Provenienz und ultrarechten Nationalisten zustande käme. Das hat sich im übrigen bereits in der Bundesversammlung gezeigt, wo sie gemeinsam alle Vorstösse in Richtung Demokratie zunichte gemacht haben.

Knapper Sieg Miloševićs?

Die Opposition erwartet einen Sieg Slobodan Miloševićs als serbischer Präsident, wenn auch möglicherweise unter grossen Schwierigkeiten und eventuell erst in einem zweiten Wahlgang, denn seine Popularität ist in den vergangenen Monaten, wie Meinungsumfragen zeigten, ständig gesunken. Trotzdem kann er mit einem Sieg rechnen, weil echte Gegenkandidaten fehlen. Zwar wurde die Kandidatur des derzeitigen Präsidenten von Bundesjugoslawien, Milan Panić, nun doch zugelassen, aber die bisherigen Schikanen haben Panićs Stand erschwert.

Zu erwarten ist deshalb folgende Machtkonstellation: an der Republikspitze Slobodan Milošević, allerdings nicht mehr als unbestrittener Führer, mit einem Parlament, in dem er nur noch mit Hilfe der Radikalen über eine Mehrheit verfügt. Mit diesen wird er auch die Regierung bilden müssen.

Die Opposition hätte mehr Manövriermöglichkeiten — derzeit verfügt sie nur über 20 Prozent der Stimmen im Parlament — und damit auch mehr Möglichkeiten, ihre politischen Ideen durchzusetzen. Damit wären die Oppositionsführer durchaus zufrieden.

Schwache Position von Panić

Diese Einschätzung teilt auch Veselinov, der Wortführer des Bürgerlichen Bundes Serbiens ist. Dieser setzt sich zusammen aus der Bauern-Volkspartei, der Reformpartei Serbiens, der Liga der Sozialdemokraten aus der Voivodina und dem Republikanischen Forum. Der Bund vertritt eine Linie «etwas links vom Zentrum». Veselinov schätzt, dass eine solche Machtkonstellation zwar einen längeren, aber schmerzloseren Weg zu einem Machtwechsel in Serbien wäre, wobei dann in etwa einem Jahr nochmals Wahlen durchzuführen wären.

Natürlich sähe die Opposition lieber Milan Panić als den neuen serbischen Präsidenten, aber laut Verfassung der Republik darf der Präsident nicht zugleich Parteiführer sein — weshalb Milošević in weiser Voraussicht sein Parteiamt sozusagen auf Eis legen liess. Sollte also Panić den Sieg davontragen, wäre Milošević als Führer seiner Koalition Parlamentsvorsitzender. Damit verlagerte sich die derzeitige Situation auf Bundesebene in die Republik: Auch hier würde Panić wieder von Milošević blockiert.

Kommunistisches Erbe

Wie realistisch dieses Szenarium ist, werden die Wahlen zeigen. Sicher ist nur, dass die Sozialistische Partei alle ihre Vorteile ausgenutzt hat. So hat sie zwar ihren Namen geändert, nicht aber ihrem kommunistischen Erbe abgeschworen. Das bedeutet, dass sie bestens durchorganisiert und an allen Schaltstellen der staatlichen Macht sitzt. Schon allein ihre finanziellen Möglichkeiten — es wird geschätzt, dass die einstige Kommunistische Partei und ihre Unterorganisationen über mehr als eine Milliar-

de Franken verfügen — sind eine verheerende Kraft gegenüber der Opposition.

Damit hat sie auch die grössten Möglichkeiten zur Beeinflussung der Wähler. So werden die Bauern einfach bis Ende Jahr von der Steuerpflicht befreit, Rentnern werden die Gelder erhöht, indem man kurzerhand mehr Banknoten druckt. Aus derselben Quelle werden die Löhne der Arbeiter erhöht, ein geplanter Generalstreik wird dadurch verhindert, dass 70 Milliarden Dinar für die Finanzierung der Metallindustrie eingesetzt werden, worauf 150 000 Arbeiter aus dieser Branche den Streik verweigerten. Die Rationierung des Stroms wurde wieder aufgehoben, und in Belgrad das Einkassieren von Gemeindegebühren bis Ende Jahr aufgeschoben.

Das geht natürlich nicht ohne Schädigung der ohnehin schwachen Wirtschaft — aber diese Konsequenz wird erst nach den Wahlen sichtbar sein. Solche Manöver sind so durchsichtig, dass selbst das staatliche Radio vorschlug, jeden Monat Wahlen abzuhalten. Für die meisten ist klar, dass sie die wirtschaftlichen Konsequenzen nach den Wahlen zu spüren bekommen werden, aber in einer Lage, wo man nicht weiter als an das Morgen denkt, genügt die Atempause, um Stimmen zu gewinnen.

Ausweglose Lage

Ohne eigenes Geld und um die Möglichkeit gebracht, mit staatlichen Mitteln die Wähler zu beeinflussen, versteigt sich die Opposition darauf, irrealer Versprechen abzugeben. So verspricht z. B. die von Vuk Drašković geleitete serbische Wiederherstellungsbewegung (SPO) neben der Beendigung des Krieges und der Aufhebung der Sanktionen auch die Beschäftigung von 800 000 Arbeitern und den Bau von 500 000 Wohnungen in den nächsten drei Jahren, Miniallöhne und Renten von knapp 500 Franken bis Ende 1994 und von knapp 1000 Franken ab 1995 (heute betragen sie 50 bis 60 Franken oder liegen sogar noch tiefer). Woher das Geld kommen soll, ist der Phantasie der Wähler überlassen.

Besonders kritisiert die Opposition Gerüchte, wonach die Behörden alle Namen von jenen Bürgern von den Wählerlisten gestrichen haben, die am letzten Urnengang nicht teilgenommen haben. Dies mit der Begründung, es handle sich um Verstorbene, Weggezogene oder Unbekannte. Die Opposition ist nämlich der Ansicht, dass es sich dabei um jene handelt, die sich an ihrem Wahlboykott beteiligt hatten und ergo diesmal für die Opposition stimmen würden. Obwohl im Falle einiger

Belgrader Gemeinden tatsächlich festgestellt werden konnte, dass einzelne Wähler von der Liste gestrichen worden sind, fehlen eindeutige Beweise für solche Massnahmen im grossen und systematischen Stil.

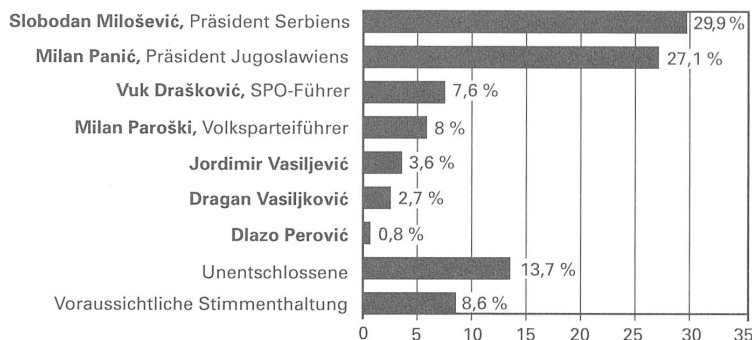
Schliesslich mag zur Ergänzung des Gesamtbildes noch erwähnt werden, dass durch die westlichen Sanktionen nach dem Verständnis der Serben nur Panićs Ansehen ramponiert worden ist. Dies um so mehr, als der Sprecher des State Department er-

klärte, dass sie nicht gegen Milošević persönlich gerichtet seien, sondern gegen dessen Politik. Dies wurde in Serbien als Versöhnungsweg mit Milošević verstanden, da auch der Westen ihm nichts anhaben könne und deshalb mit ihm einen modus vivendi treffen müsse. «Dem westlichen Kapital ist vielleicht eher eine Diktatur genehm» war der pessimistische Schluss von Dragan Veselinov.

Ljubomir Matić

Serbische Präsidentenwahl

Prozent der Ja-Stimmen (ohne Kossowo)



* Erste Stelle in Belgrad: Milan Panić

Zwischen 4. und 6. 12. 1992 von der Meinungsforschungsagentur Partner, Belgrad, durchgeführte Umfrage. (Politika und Borba, 7. 12. 1992)

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's